

V2 Für eine moderne und umfassende Gewaltprävention in Schleswig-Holstein

Antragsteller*in: Jan Kürschner (KV Kiel)

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen erhalten nicht immer ausreichende
- 3 Hilfen. Dadurch kann es zu Selbstverletzungen oder Verletzungen gegen andere
- 4 kommen.
- 5 Wir wollen das sozialpsychiatrische Hilfeangebot in Schleswig-Holstein erweitern
- 6 und ausbauen. Wir wollen eine Ambulanz zur Gewaltprävention flächendeckend in
- 7 ganz Schleswig-Holstein schaffen, die aufsuchend arbeitet. Dadurch wird eine
- 8 Lücke im Versorgungssystem geschlossen.

Begründung

„Die beste Kriminalpolitik ist und bleibt eine gute Sozialpolitik“ – so alt dieser Gedanke von Franz von Liszt ist, so hoch aktuell und richtig ist und bleibt er.

Psychische Erkrankungen steigen in Deutschlands Bevölkerung mehr und mehr. Eine psychische Erkrankung kann jeden von uns treffen, ob jung oder alt. Die Zahl derer, die wegen psychischer Erkrankung Hilfe suchen, nimmt stetig zu. Der zunehmend weniger tabuisierte und stigmatisierte Umgang mit psychischen Erkrankungen in unserer Gesellschaft mag dazu beitragen, dass mehr Menschen Hilfe suchen und ihre Erkrankung als solche auch wahrnehmen, adressieren und behandeln lassen. Eine schizophrene Erkrankung kommt kulturunabhängig und länderübergreifend bei etwa 1% der Bevölkerung vor. Das wären in Schleswig-Holstein fast 30.000 Menschen.

Bündnis'90/Die Grünen haben sich stets für die Enttabuisierung psychischer Erkrankungen eingesetzt. Als moderne Gesellschaft müssen wir uns mit dem Thema der psychischen Erkrankungen immer und aktuell beschäftigen.

Wir haben in Schleswig-Holstein ein modernes Gesetz zur Hilfe und Unterbringung von Menschen mit Hilfebedarf infolge psychischer Erkrankung (PsychHG). Auf ambulante und teilstationäre Formen der Hilfe wird besonderes Gewicht gelegt, frühzeitig und unter Ausschöpfung der verfügbaren erfolgversprechenden Möglichkeiten soll Hilfe erbracht werden. Dieses erfolgt unter breiter Einbeziehung möglichst aller beteiligter Institutionen, Träger, Verbände, Einrichtungen der Jugend- und Eingliederungshilfe und ganz wichtig auch der Betroffenenverbände.

Zwar ist empirisch vielfach belegt, dass psychisch erkrankte Menschen nicht häufiger zu Gewalttätigkeiten neigen als psychisch Gesunde. Dennoch sind uns Vorfälle von Gewaltausbrüchen psychisch erkrankter Menschen sehr präsent.

Hier haben wir bisher viele und gute Angebote in der forensischen Nachsorge, die Leuten helfen, nicht erneut zu Tätern zu werden. Doch um Personen, die ein selbst- oder fremdgefährdendes Gewalttrisiko haben, wird sich im Vorfeld von Gewalttaten noch nicht ausreichend gekümmert. Das ist aktuell Aufgabe der sozialpsychiatrischen Dienste der Gesundheitsämter, die für diese Aufgabe nicht ausreichend gut aufgestellt wirken.

Das Hilfeangebot soll in Form von multidisziplinären Teams mit forensischer Erfahrung aus Psychiatrie, Psychologie, sozialer Arbeit und Pflege in Form von Ambulanzen, auch mit Hilfeangeboten

die Patient:innen frühzeitig erreichen, dabei selbständig aufsuchen und gewaltpräventive Hilfsangebote in Form von Aufklärung, sensibilisierenden Gruppentrainings und Einzeltherapien bieten und bestenfalls Therapieangebote vorhalten, die den betroffenen Menschen in seinem Alltag und Umfeld belässt, aber auch Hilfen bei sozialen Problemstellungen bieten.

Wir wollen

- Ein niedrigschwelliges, freiwilliges, ambulantes, offensives Hilfeangebot für Menschen mit einem erhöhten selbst- oder fremdgefährdenden Gewaltrisiko
- Sozialpädagogisches und psychotherapeutisches Einzelfallmanagement und gruppentherapeutische Angebote
- Eine Betreuung zu Hause oder in den Räumlichkeiten der Präventionsambulanz
- Eine engmaschige Verzahnung aller beteiligter Akteur:innen
- Zeitnahe Behandlungsangebote
- Fortlaufende Evaluation der bestehenden Hilfeangebote
- Eine entstigmatisierende und enttabuisierende Aufklärungskampagne zum Umgang mit Menschen mit psychischen Erkrankungen

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (KV Lübeck); Kevin Skrzypczak (KV Kiel); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Florian Juhl (KV Pinneberg); Helmut Borchers (KV Stormarn); Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland); Moritz Bührmann (KV Kiel); Zoe Engel (KV Lübeck); Martina Behrens-Krull (KV Kiel); Benjamin Stukenberg (KV Stormarn); Dirk Kock-Rohwer (KV Plön); Anna Langsch (KV Kiel); Torsten Block (KV Plön); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Samet Yilmaz (KV Kiel); Kurt Reuter (KV Stormarn); Florian Juhl (KV Pinneberg); Kerstin Hansen (KV Dithmarschen); Gabriele Braune (KV Ostholstein); Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein); Maik-Torben Kristen (KV Kiel); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Annette Granzin (KV Ostholstein); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Kai Nielsen (KV Schleswig-Flensburg); Marilla Meier (KV Lübeck); Maren Utesch (KV Kiel); Bene Schwake (KV Kiel); Jessica Kordouni (KV Kiel); Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Kerstin Hanert-Möller (KV Dithmarschen); Bina Braun (KV Herzogtum Lauenburg); Hildegard Bedarff (KV Pinneberg); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Anke Oetken (KV Kiel); Marcel Beutel (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg)